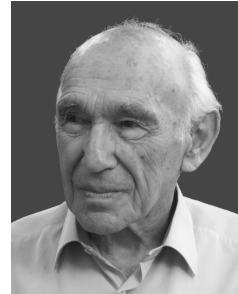


Forum

»Der Heiligenschein ist angekratzt, aber der Neoliberalismus ist noch immer sehr stark.«

*Interview mit Prof. Kurt W. Rothschild**



Wo und wann haben Sie Ökonomie studiert, und wer waren Ihre persönlichen Vorbilder und Mentoren?

Ich habe Jus (Rechtswissenschaft) in Wien studiert, und damals machte die Nationalökonomie einen wesentlich größeren Bestandteil dieses Studiums aus als heute. Als Hitler gekommen ist, bin ich aus Österreich emigriert und habe ein Stipendium an der Glasgow-Universität bekommen, wo ich Ökonomie zusammen mit Politischer Philosophie studiert habe und sozusagen auf Keynes umgeschult worden bin. In Österreich wurde man damals vor allem von zwei Professoren beeinflusst: Hans Mayer und Othmar Spann, die wie Sonne und Mond zueinander waren. Mayer vermittelte mir, dass Nationalökonomie interessant ist. Mein Chef während meiner Assistentenzeit in Schottland, Alec Macfie, hat mir gezeigt, dass man als Wissenschaftler sehr tolerant sein und dass man, auch wenn man gewisse Theorien nicht mag, diese doch ernst nehmen kann. Wissenschaftlich von bedeutendem Einfluss war Alec Cairncross.

Sie sind nun 90 und haben viele Entwicklungen in der Volkswirtschaftstheorie erlebt und sie auch mit beeinflusst. Wie würden Sie den aktuellen Zustand der Volkswirtschaftstheorie einschätzen?

Fragen Sie mich etwas Leichteres ... Das Auffallendste ist die unheimliche Ausweitung des gesamten Establishments. Dadurch hat man heute eine viel breitere Diskussion, was sicher positiv zu bewerten ist. Ein Fortschritt ist die wachsende Spezialisierung mit all ihren Vor- und Nachteilen. Einerseits kann so sehr intensiv bis in Detailgebiete geforscht werden. Andererseits verlieren dadurch aber immer mehr Ökonomen den Überblick über den Gesamtzusammenhang. Es sind ja nicht nur ökonomische, sondern auch soziologische und psychologische Faktoren von Bedeutung. Sicherlich kein Nachteil ist, dass mehrere umfassende ökonomische Theorien entstanden sind. Das wird zwar manchmal als Schwäche gesehen, weil man davon ausgeht, dass entweder diese oder jene Theorie richtig sein muss; aber wenn man es mit sehr komplexen Dingen wie der Wirtschaft zu tun hat, ist die Schaffung einer generellen Theorie, die auf alle Probleme und Fragen antworten

* Kurt W. Rothschild wurde am 21. Oktober 90 Jahre alt. Er war von 1947 bis 1966 am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien tätig, seit 1966 ist er dort Konsulent. Von 1966 bis 1985 hatte er den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre in Linz inne.

kann, fast undenkbar. Eine Theorie muss notwendigerweise abstrahieren, sie kann nicht deckungsgleich mit der Wirklichkeit sein, sonst könnte man gleich mit Letzterer arbeiten. Wenn etwas sehr komplex, sehr interdependent ist und sich zudem dauernd ändert, dann kann dies selbst mit allen mathematischen oder logischen Methoden nicht in einer einzigen überall anwendbaren Theorie erfasst werden: Zumal man in der Ökonomie keine Experimente machen kann. Daher ist die von Keynes und Joan Robinson geäußerte Idee, dass die Theorien Werkzeugkisten sind, aus denen man sich fallweise bedienen muss, meines Erachtens wissenschaftstheoretisch zu akzeptieren.

Dass mehrere Theorien existieren, ist an und für sich erfreulich. Nicht erfreulich ist dagegen die sehr starke Verlagerung des Gewichts im akademischen Bereich auf die so genannte *Mainstream Economics*, also auf die neoklassische Theorie. Für diese großartige Theorie spricht, dass sie eine unerhörte Entwicklung durchgemacht und formal einen sehr hohen Entwicklungsstand hat. Aber gerade diesen Vorteil ihrer formalen und ästhetischen Schönheit hat sie damit bezahlt, dass sie sehr stark an ihren Axiomen festhalten muss, damit dieses kostbare Gebäude generell anwendbar bleibt.

Bekanntermaßen ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass man die Physik oder die Naturwissenschaften als Vorbild genommen hat, in dem Glauben, man könne in der Ökonomie etwas Ähnliches erreichen. Die dominierende Bedeutung des neoklassischen Theoriegebäudes und die damit einhergehende Verdrängung der anderen Paradigmen ist die Schwäche der Ökonomie. Eine vergleichbare Entwicklung findet man kaum in einer anderen Sozialwissenschaft, weder in der Psychologie noch in der Soziologie, wo es auch mehrere Theorien und auch Kämpfe zwischen den Theorien gibt – berechnete und unberechnete. Aber dort hat nicht eine Richtung eine solche Vorrangstellung errungen.

Diese Entwicklung ist verstärkt worden durch das, was Roy Weintraub in seinem Buch »Wie die Ökonomie eine mathematische Wissenschaft wurde« sehr schön schildert: die Mathematisierung. Die Ökonomie eignet sich dadurch, dass es sehr viel Quantifizierbares und gewisse Regelmäßigkeiten gibt, für bestimmte mathematische Methoden, die sehr effizient sein können, weil sie den logischen Prozess viel weiter treiben können als bloßes verbales Denken. Die Mathematiker haben das entdeckt und ein reiches Anwendungsfeld in der Ökonomie gefunden – insbesondere, wenn sie nicht so gut in Mathematik waren. (Manche waren aber auch gut in Mathematik.) Von der Richtung, die geglaubt hat, die Ökonomie ist auch eine exakte Wissenschaft, ist das sehr stark aufgenommen worden, auch um nach außen zu dokumentieren, dass man eine solche Wissenschaft sei.

Es gab und gibt natürlich auch eine breite Gegenbewegung, die französischen Studenten zum Beispiel, oder von anderen Ökonomen aus anderen Richtungen. Trotzdem bleibt die Tatsache, dass ein Ungleichgewicht existiert: Einerseits ist die Existenz vieler Theorien notwendig, andererseits erhebt eine Theorie den exklusiven Anspruch, die ökonomische Wissenschaft zu sein. Unter diesen Umständen kommt es auch zu solchen komischen Situationen, dass jemand zu einem mit der Frage kommt: »Da ist eine mathematische Methode, könnten Sie mir ein ökonomisches Problem sagen, wo ich sie anwenden kann?«

Ist diese Mathematisierung der einzige Faktor, der zur Dominanz der so genannten Mainstream Economics geführt hat?

Das Problem ist nicht nur durch die Mathematik entstanden, sondern kam schon mit der *marginal revolution* gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf. Zu der Zeit fand die Auseinandersetzung zwischen Schmoller (»aus der Geschichte müssen wir lernen«) und Menger (»alles falsch, wir müssen Gesetzmäßigkeiten finden«) statt. Damals herrschte schon bei den Österreichern, bei Marshall und bei Jevons der Gedanke vor, dass man eine den Naturwissenschaften ähnliche Wissenschaft mit gewissen Axiomen und gewissen Gesetzmäßigkeiten entwickeln könne, in deren Rahmen man dann auf sehr breiter Basis alle ökonomischen Fragen und Probleme behandeln kann. Dadurch gewann das Mathematische sehr stark an Bedeutung, und man grenzte sich stärker von den nicht-mathematischen Ansätzen ab.

Man kann zwei Zeitperioden unterscheiden: Die erste Periode, in der Marshall den Sieg davon getragen hat und in der Walras untergegangen ist. Marshall wusste, dass er sich an Leute wendet, die über Ökonomie reden, und daher verbannte er die Mathematik in den Appendix, obwohl er selbst auch Mathematik studiert hatte. Als dann immer mehr Ökonomen mathematische Methoden beherrschten, kam es zu einem Zwischenstadium: Hicks belebte mit »Value and Capital« die Walrassche Allgemeine Gleichgewichtstheorie wieder, aber noch in einer Form, die für alle verständlich war. In der anschließenden zweiten Periode bildete sich immer mehr diese gegenüber der Marshallschen Ökonomie elegantere Form – elegant in ihrer Geschlossenheit und ihrer Umfassendheit – heraus.

Doch die Mathematisierung selbst ist nicht das Hauptproblem, sondern die Axiomatisierung, das dogmatische Festhalten an den Annahmen, wie Maximierungsverhalten, gegebene Präferenzen und so weiter. Das sind durchaus berechnete Annahmen – für gewisse Fragen. Dies lässt sich gut bei Smith veranschaulichen, der verbal, aber doch mit Modellcharakter argumentiert. In einer Zeit, als sich die Marktwirtschaft erst allgemein auszubreiten begann, wollte er zeigen, was viele Leute damals für unmöglich hielten: Dass auch eine Wirtschaft, in der niemand auf Bestellung arbeitet, positive oder sogar optimale Ergebnisse hervorbringen kann. Für solche Darstellungen erwiesen sich diese Annahmen als sehr nützlich, und jetzt hält man daran fest.

Sehen Sie Unterschiede bezüglich der Rezeption der Wirtschaftstheorie zwischen deutschsprachigem und angelsächsischem Raum, v.a. USA, bzw. sehen Sie auch noch Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten innerhalb des deutschsprachigen Raums?

Bezüglich der herrschenden Theorie bestehen keine großen Unterschiede mehr. Das Gewicht Amerikas kommt daher, dass es dort viel mehr Ökonomen und daher eine viel intensivere Diskussion gibt und dass man sich die besten Wissenschaftler holt, gerade aus Europa oder neuerdings aus China und so weiter. Die Dominanz Amerikas spiegelt sich auch in dem Ehrgeiz der Ökonomen, in den angelsächsischen Zeitschriften zu publizieren. In gewisser Hinsicht würde ich aber sagen, dass in Amerika die Lage besser ist, weil es so groß und vielfältig ist. Dort bilden die alternativen Gruppen, auch wenn sie in den Hintergrund geschoben sind, immer noch eine kritische Masse, und sie sind daher lebendiger als z. B. in Deutschland oder Österreich.

Ich sehe keinen großen Unterschied mehr zwischen Europa und Amerika, außer dass in Amerika die *core universities* und *core journals* ihren Hauptsitz und daher weltweit besonders starken Einfluss haben. Die bestimmen, was anständig und was unanständig ist. Gleichzeitig sind in Amerika aber auch kritische Bewegungen zum Teil auf hohem Niveau zu finden, nicht nur das *Journal of Post Keynesian Economics*, sondern auch das *Journal of Economic Issues* und andere. So etwas gibt es im deutschsprachigen Raum, mit Ausnahme von *Kyklos* bis zu einem gewissen Grad, und insbesondere in Deutschland nicht.

Bruno Frey hat festgestellt, dass Österreich und Frankreich ein bisschen mehr immun gegen die neoklassische Dominanz und ein bisschen mehr keynesianisch seien, aber das wird heute auch immer schwächer. Wobei es meiner Meinung nach um die Frage des »und – und« geht und nicht, wie oft falsch gesagt wird, um das »entweder – oder«.

Die Neoklassik ist deshalb so gefährlich und so steril, weil die anderen Theorien kein geschlossenes Gebäude haben. Sie sind nicht durchaxiomatisiert, sie sind offen, sie müssen Ad-hoc-Annahmen machen. Letzteres ist durchaus erlaubt, auch wenn die Neoklassiker das immer so abfällig beurteilen: Paul Feyerabend hat gezeigt, wie in den Naturwissenschaften Ad-hoc-Annahmen oft ganz entscheidend für Durchbrüche waren.

Die Theorien abseits des neoklassischen Mainstream haben den Vorteil, dass sie in dieser komplizierten und sich dauernd ändernden Realität, die sich eben nicht in eine Zwangsjacke pressen lässt, offener bleiben. Aber gerade dadurch können sie nicht das liefern, was die Neoklassik liefert. Dazu muss man sich offen bekennen; man muss zum Gegenangriff übergehen und deutlich darauf hinweisen, dass das Problem der Neoklassiker genau ist, dass sie immer an einem Schema festhalten müssen.

Die *Mainstream Economics* bauen ihre Theorie zwar immer weiter aus, aber erst unter enormem Druck. 1939 schreibt Hicks ganz offen, dass er vollkommene Konkurrenz annehme, denn wenn er von unvollkommener Konkurrenz ausgehe, zerstöre das seine ganze Theorie. Jetzt, 50 Jahre später, haben sie langsam herausgefunden, wie sie *imperfect competition* irgendwie integrieren können. Unter unheimlichem Druck berücksichtigen die Neoklassiker nach vielen Jahren doch Phänomene, die man die ganze Zeit mit freiem Auge sehen konnte.

Würden Sie sagen, dass die Wirtschaftswissenschaften früher schon einmal fortschrittlicher waren? Oder würden Sie es eher mit Joan Robinson halten, die gesagt hat: »Die ökonomische Theorie befindet sich, seit ich sie kenne, in der Krise.«?

Marx war gesellschaftlich fortschrittlich, weil er versucht hat, die Ökonomie im Zusammenhang mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu sehen. Unabhängig davon, ob seine Theorie richtig oder falsch war: Sie wurde von einem fortschrittlichen Impetus angetrieben.

Die bürgerliche Ökonomie ist mit dem Weberschen Konzept einer vorurteilsfreien, also einer wertfreien Wissenschaft angetreten. Ein solcher Ansatz sollte unter Wissenschaftlern möglich sein, auch wenn man unterschiedliche Wertvorstellungen hat. Gleichzeitig muss man sich mit Myrdal aber klar sein, dass es unmöglich ist, sich völlig von Werten freizumachen. Man kann es aber versuchen, man kann und sollte seine Werturteile deklarieren.

Im Gegensatz zu den nicht unmittelbar gesellschaftlich-politisch bedeutsamen Naturwissenschaften ist es in der Wirtschaftstheorie aber so, dass aus dieser abgeleitete wirtschaftspolitische Folgerungen immer unmittelbare Folgen für gesellschaftliche Interessen haben, dass es immer Gewinner und Verlierer gibt. Daher werden alle Theorien in der politischen Diskussion vulgarisiert und benutzt: Entweder als Handlungsmaxime, um das zu erreichen, was diese Theorie verspricht, oder dafür, was den eigenen Interessen entspricht. Die Vulgarisierung von Theorien in der politischen Diskussion stärkt natürlich jene Theoretiker, die diese Theorien aus welchen Motiven auch immer aufgestellt haben. Sie werden dann zum akzeptierten Establishment. Geht man dort hinein, gelangt man an das Geld oder die Lehrstühle.

Insofern entwickelt sich durch die interessengerichtete Anwendung und Vulgarisierung der Theorien die Wissenschaft in solchen Bereichen, wo sie systemerhaltend ist. Das galt im Osten für die marxistische Theorie genauso. Wissenschaft als solche muss nicht und sollte nicht als fortschrittlich oder nicht fortschrittlich taxiert werden. Aber tatsächlich haben gewisse Teile, die systemerhaltende Wirkungen haben, stärkere Entwicklungsmöglichkeiten.

In Ihrem jüngsten Band »Die politischen Visionen großer Ökonomen« zitieren Sie im Epilog den Keynes-Biographen Skidelski mit dem Ausspruch: »Ein neuer Keynes muss her.« Und fügen selbst als Abschlussatz hinzu: »Es ist nicht leicht, dieser Aufforderung Folge zu leisten.« Ist das ein Plädoyer für eine keynesianische Wirtschaftstheorie und -politik?

Der letzte Satz ist entscheidend. Skidelski meinte, dass es etwas wirklich Anderes sein muss, ohne damit zu implizieren, dass man das Alte komplett wegwerfen sollte. Das Einzige, was die neue Theorie mit Keynes gemeinsam haben kann, ist, dass etwas Neues hineingebracht werden muss. Das Neue besteht darin, dass heute die unqualifizierten Arbeiter auf einem Arbeitsmarkt der ganzen Welt konkurrieren. Die Transferierbarkeit der Produktion, die Globalisierungsmöglichkeiten kombiniert mit Liberalisierung haben zu einer enormen Machtverlagerung von nationalen Organisationen hin zu großen transnationalen Konzernen geführt. Es ist gar nicht mehr die Frage, ob letztere wirklich auswandern, die bloße Drohung genügt. Das ist nirgends ausreichend berücksichtigt. Man müsste eine Theorie formulieren, in der man bezüglich ökonomischer Entscheidungen nicht von den Nationen, sondern eher von einer Welt mit großen Konzernen ausgeht. Bei Keynes sind die Bösen noch die Rentiers, die nicht investieren wollen. Jetzt sind diejenigen das Problem, die überall investieren können und dadurch die Macht haben, ökonomisch ganze Regionen zu beeinflussen. Es wird eine viel lockerere und zum Teil soziologische Theorie sein müssen. So schön könnte sie nicht sein wie die alte neoklassische, vielleicht auch nicht so schön wie die keynesianische. In der Globalisierungsliteratur ist vieles schon da, die Frage ist nur, wie man das zu einem zentralen Ausgangspunkt mit nachfolgenden Details ausbauen könnte.

Wie schätzen Sie den österreichischen Beitrag zur ökonomischen Theorie ein?

Menger war zweifellos ein genialer Mann. Er argumentierte in gewisser Beziehung mehr

im Adam-Smith-Stil als Jevons oder Walras, weil er immer auch psychologische und soziologische Elemente berücksichtigte. Insofern ist er Marshall nicht unähnlich, nur war Marshall dann wieder viel umfassender. Die österreichische Theorie litt darunter, dass ein Ökonom wie der schulprägende Marshall fehlte, und entwickelte sich deshalb nicht richtig weiter. Sie teilt aber geistig mit Marshall und Walras den Ruhm, den Einstieg in das marginale Herangehen ermöglicht zu haben. Erich Streissler kam neulich mit einer genial verrückten Einschätzung: Er sagte, die ganze österreichische Schule sei nie eine wirkliche theoretische Schule, sondern eine *old boys gang* gewesen, die sich gegenseitig gute Posten zuschanzte. Ein bisschen was stimmt daran.

Die österreichische Schule ist wirklich schwer zu definieren. Es gab Anfänge, als die Theorie langsam aufgenommen wurde, ohne noch sehr feste Formen gefunden zu haben. Böhm-Bawerk war interessant, aber das Ganze war von Anfang an, endgültig dann bei Hayek, ein *dead end*. Der letzte Ausläufer der ersten Periode war Hans Mayer. Dann kamen andere Ökonomen, die da noch von den »Vätern« erzogen worden sind, also Haberler, Hayek, Machlup, Otto Bauer (der dann in eine andere Richtung gegangen ist) und Mahr: Die lösten sich dann von Österreich, weil sie dort einfach keine Möglichkeiten hatten, da es nur wenige Lehrstühle gab. Sie waren aber, von der österreichischen Schule stammend, durchaus im Ausland willkommen, weil eine theoretische Verwandtschaft bestand, vor allem an der London School of Economics. Die letzten emigrierten aus Österreich, als Hitler kam: die paar Juden, die es noch in der Ökonomie gab. Dann war die österreichische Schule eigentlich tot.

Hayek versuchte noch eine Fortsetzung an der London School of Economics und ging im Kampf gegen Keynes unter. Später studierten neue Ökonomen die alten österreichischen Texte wieder und arbeiteten die Unterschiede zu anderen Schulen stärker heraus, etwas, was die österreichische Schule ursprünglich nicht so deutlich gemacht hatte. Das, was man heute die österreichische Schule nennt, ist eigentlich die österreichisch-amerikanische Schule. Schwierig bleibt zu beantworten, was die österreichische Schule inhaltlich ausmacht. Sie hat ein paar ganz gute Ideen, welche alle aber auch bei anderen enthalten sind und dort nur nicht so stark betont werden. Man kann sie in ihrer kritischen Position gegen die strikte Neoklassik positiv beurteilen, weil sie Unsicherheit, psychologische Faktoren und so weiter betont.

Eine Frage zur aktuellen Wirtschaftspolitik: In Deutschland und zunehmend auch Österreich werden Strukturreformen am Arbeitsmarkt als Allheilmittel zur Lösung der Beschäftigungsprobleme angesehen. Kann man mit solchen Strukturreformen überhaupt mehr Beschäftigung erreichen? Und selbst wenn man es kann, ist es überhaupt sinnvoll oder wünschenswert, auf diese Art mehr Beschäftigung zu erreichen?

Wenn man nur Reformen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes fordert, vergisst man die Nachfrageseite. Es ist so wie am Heiratsmarkt: Wenn Sie einen Frauenüberschuss haben, helfen alle Schönheitsoperationen nicht dazu, dass alle Frauen einen Mann finden. Nicht nur das – es ist sogar frustrierend, sich die Falten weg operieren zu lassen, wenn es sowieso nichts nutzt. Genauso ist es kontraproduktiv, Menschen zu zwingen, Schulungen

zu machen, wenn sie nachher trotzdem keine Posten finden können. Ich befürworte durchaus Schulungen, vorausgesetzt, sie sind vernünftig, was sehr häufig nicht der Fall ist. Aber man sollte den Betroffenen deutlich machen, dass damit zwar ihre Chancen verbessert werden, aber das Problem auf diese Weise nicht gelöst werden kann. Der Zusammenhang ist so einfach, dass ich nicht genau weiß, was ich dazu sagen soll.

Wenn man nur auf die Frage der Beschäftigung abzielt, ohne jede soziale Frage, ohne jede Frage der Lebensqualität, dann war die Sklavenwirtschaft eine großartige Wirtschaft. Mit Bezug auf die Gruppe der Sklaven war der Arbeitsmarkt hervorragend organisiert, es gab Ruhepausen, aber keine Arbeitslosigkeit. Man kann natürlich solche Formen auch für heute suchen, aber das kann ja nicht der Sinn sein. Obwohl der Gedanke, dass jeder jeden Posten annehmen muss, schon sehr stark in diese Richtung geht.

Nimmt man das Problem einer höheren Beschäftigung ernst, muss man immer von beiden Seiten argumentieren. Wenn man nur die Nachfrageseite sieht, handelt man sich Inflation ein, weil dann die Nachfrage groß ist und es zu wenig Arbeitskräfte gibt – das kann auch keine sinnvolle Politik sein. Wird nur die Angebotsseite berücksichtigt, erzeugt man entweder elende Arbeitsverhältnisse oder frustrierte Arbeiter.

Die vielen Leute, die heute von Sozialschmarotzertum und Ähnlichem sprechen, berücksichtigen nicht, dass es das immer gegeben hat, nur spielte es früher keine Rolle. In englischen Untersuchungen konnte gezeigt werden, dass höchstens zehn Prozent der Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung ungehörig ausnutzen. Sollte man nicht zunächst einmal die anderen 90 Prozent unterbringen, bevor man sich dann mit diesen zehn Prozent beschäftigt? Gegenwärtig ist der Verweis auf Sozialschmarotzertum ein Ablenkungsmanöver, welches durch die Vulgarisierung einer Theorie unterstützt wird, die behauptet, dass sich über den Markt alle Probleme lösen.

Sie haben sich immer wieder mit Europa beschäftigt. Was verbinden Sie mit der EU-Erweiterung vom Mai dieses Jahres?

Ein einheitliches Europa ist ein phantastisches politisches Projekt. Warum sollte dieses Projekt nicht ganz Europa umfassen, wie immer man es definiert? Ein Europa, in dem es keine Kriege mehr geben soll, war ursprünglich die wichtigste Motivation. Insofern ist die Erweiterung ein Muss.

Wirtschaftlich wurde allerdings etwas ganz Absurdes zugelassen. Es wurde so getan, als könne es wirtschaftlich genauso ein einheitliches Ziel geben wie Frieden. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass es in Europa sehr verschiedene Arten von Kapitalismus gibt. Die Deutschen propagierten die soziale Marktwirtschaft. In den skandinavischen Staaten, vor allem in Schweden, hat das Konzept des Wohlfahrtsstaates eine sehr starke, mit Myrdal und anderen auch eine sehr starke wissenschaftliche Basierung. Das unterschied sich deutlich von wirtschaftspolitischen Konzepten manch anderer Länder, z.B. *Planification* in Frankreich oder Thatcher in England. Die wirtschaftliche Einigung Europas wurde jedoch mit ganz einfachen Freihandelsargumenten begründet, die alle auch über die WTO hätten umgesetzt werden können. Man stülpte über dieses Europa ein einziges Modell, ein neoklassisches, neoliberales Modell, mit einer Behörde, die nichts anderes zu tun hat,

als dieses Modell zu sichern, ohne dass eine dementsprechende politische Diskussion geführt wird, ohne dass diese Entscheidungsträger gewählt werden, ohne dass die einzelnen Nationen ein Recht haben, Alternativen zu verfolgen. So gesehen ist die Ausbreitung Europas eigentlich nur die Ausweitung eines Wirtschaftskonzeptes auf weitere Staaten, die keine andere Wahl haben, als daran teilzunehmen. In diesem Europa fehlt noch ein Weg, der eine demokratische europäische wirtschaftspolitische Auseinandersetzung erlaubt, einschließlich der Möglichkeit einer Änderung der Wirtschaftspolitik. Zudem muss das Prinzip der Subsidiarität ernst genommen und die Möglichkeiten der Kommission und der Zentrale müssen so eingeschränkt werden können, dass die einzelnen Länder mehr Spielraum für Varianten der Wirtschaftspolitik haben.

Um ein einfaches Beispiel zu geben: Die Beschäftigungspolitik soll in der nationalen Zuständigkeit bleiben, was an und für sich absurd ist, wenn die Geldpolitik zentralisiert ist. Aber dann muss man zumindest eine nationale Vergabe öffentlicher Aufträge zulassen. Wenn man jetzt im heiligen Namen des Wettbewerbs verlangt, dass diese europaweit öffentlich ausgeschrieben werden, dann bedeutet das wieder eine Möglichkeit weniger, nationale Beschäftigungspolitik zu betreiben. Insofern nimmt das europäische System die Beschäftigungsfrage noch nicht so ernst wie die Preisstabilitätsfrage.

Sie haben vor Längerem einen Aufsatz mit dem Titel »Der diskrete Charme des Neoliberalismus« geschrieben. Würden Sie sagen, dass der Neoliberalismus in den letzten Jahren seinen Charme etwas verloren hat?

Zu den Maastricht-Kriterien haben viele Ökonomen gesagt: »It doesn't make sense.« Heute fordern schon der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und andere Änderungen des Stabilitätspakts. Noch ist die Gegenseite stark genug, um sofort zu schreien: »Feuer, Feuer!« Dennoch sind gewisse Probleme so offensichtlich geworden, dass diese heilige europäische Wirtschaftsverfassung schon ein bisschen zu bröckeln beginnt. Es bröckelt, und das gilt auch mit Bezug auf andere Aspekte des Neoliberalismus, zum Beispiel die Erfahrungen mit den Privatisierungen, wie mit der englischen Eisenbahn und der Deutschen Post. Der Heiligenschein ist ein bisschen angekratzt, aber im Großen und Ganzen ist der Neoliberalismus noch immer sehr stark. Leider ist es ja nicht so, dass Schwächen immer dazu führen, dass man Gegenmaßnahmen politisch durchsetzen kann.

Das Interview führten Christoph Sauer und Margit Schratzenstaller im August 2004.

Einige ausgewählte Veröffentlichungen von Kurt W. Rothschild:

The Theory of Wages, Oxford 1954 • Marktform, Löhne und Außenhandel, Wien 1966 • Power in Economics (Hg.), Harmondsworth 1971; Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, Berlin 1981 • Theorien der Arbeitslosigkeit, München 1988 • Ethik und Wirtschaftstheorie, Tübingen 1992 (Ethics and Economic Theory, London 1993) • Employment, Wages and Income Distribution, London 1993 • Die politischen Visionen großer Ökonomen, Göttingen 2003